

Fakten zur dritten Ausbildungsplatzkrise

- Seit 1995(!) fehlen jährlich Hunderttausende Lehrstellen, auch im Wahljahr 2009.
- Weit über 300.000 Jugendliche befinden sich in einer „Warteschleife“ auf einen Ausbildungsplatz.
- 1,5 Mio. junge Menschen unter 29 Jahren sind inzwischen ohne Berufsausbildung.
- Nur 23% der Betriebe bilden aus.
- Alle Appelle, Lehrstellenversprechen, Ausbildungspakte und Notprogramme halfen nicht weiter.
- Der Staat finanziert mit vielen Milliarden weitgehend sinnlose „Warteschleifen“.
- Das duale Ausbildungssystem bleibt ohne gesetzliche Regelung notorisch krisenhaft.

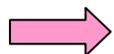
Aussagen der Wahlprogramme

[Aufgelistet sind nur Angaben die mit konkreten Maßnahmen verbunden sind.]



Die CDU/CSU will:

- die Fortführung des Ausbildungspaktes mit der Wirtschaft über 2010 hinaus.



Die SPD will:

- den Ausbildungspakt weiterentwickeln und die Ausbildungsverpflichtungen der Wirtschaft erhöhen
- den Ausbildungsplatzbonus für Jugendliche, die schon länger vergeblich einen Ausbildungsplatz suchen, beibehalten.
- eine Berufsausbildungsgarantie in außerbetrieblichen Angeboten für alle, die älter als 20 Jahre sind und weder Berufsabschluss noch Abitur haben.
- aus Warteschleifen übersichtliche Wege von der Schule in die Ausbildung machen.



Die FDP will:

- [Programm enthält keine konkreten Angaben.]



Bündnis 90 / Die Grünen will:

- für alle Jugendlichen das Recht auf Ausbildung umsetzen.
- für zusätzliche Ausbildungsplätze das duale System um überbetriebliche Zentren erweitern.
- mit verpflichtende Umlagesysteme die Ausbildungskosten zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben besser verteilen.



Die Linke will:

- das Recht auf berufliche Ausbildung im Grundgesetz verankern.
- Schmalspurausbildungen und Warteschleifen abschaffen.
- die Ausbildungsplatzumlage einführen, um die Unternehmen an der Finanzierung der Berufsausbildung solidarisch zu beteiligen.
- ein auswahlfähiges Ausbildungsplatzangebot im dualen System sicherstellen.

**Die Lehrstellenkrise endlich beenden!
Das Grundrecht auf Ausbildung als Rechtsanspruch durchsetzen!
Mit der gesetzlichen Umlagefinanzierung qualifizierte Ausbildung für Alle schaffen!**

Am 22. April 2008 wurde dem Deutschen Bundestag eine Petition für das Grundrecht auf Ausbildung mit 72.554 Unterschriften übergeben. Es ist eine der größten Petitionen der vergangenen Jahre.

Die Petition wurde initiiert von den Landesschülervertretungen der Bundesländer Bayern (e.V.), Berlin (e.V.), Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Schleswig-Holstein.

Sie wird unterstützt vom Deutschen Gewerkschaftsbund, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, der Jugend der Industriegewerkschaft Metall und Elternvertretungen.
